



### Presseschau vom 16.12.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT* und die *Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

### Abends / nachts:

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer nationalistischer Formationen haben am Abend das Gebiet des Volvo-Zentrums und Shabitschewo am nördlichen Rand der Hauptstadt beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus den bewaffneten Strukturen der DVR mit. „Gegen 20:00 haben ukrainische Truppen das Feuer auf Shabitschewo und das Volvo-Zentrum eröffnet“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Er fügte hinzu, dass der Gegner von den Positionen in Peski aus unter Anwendung von Panzertechnik, Granatwerfern und Schusswaffen schoss.

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer nationalistischer Formationen haben heute Abend den von der DVR kontrollierten Teil von Sajzewo nördlich von Gorlowka beschossen. Dies teilte eine Quelle aus den bewaffneten Strukturen der DVR mit. „Gegen 20:00 begann ein Beschuss der Positionen der DVR im Bereich der Ortschaft Sajzewo“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Er fügte hinzu, dass der Gegner während des Beschusses Panzertechnik, Granatwerfer und Schusswaffen anwendete..

Dan-news.info: Rechtsanwälte der Odessaer „Antimaidaner“ haben einen Antrag an den Generalstaatsanwalt der Ukraine Wiktor Schokin abgegeben mit der Forderung, Richter und Radikale für ihre unrechtmäßigen Handlungen in Bezug auf die angeklagten Anhänger einer Föderalisierung strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

„Wir haben einen Antrag an die Generalstaatsanwaltschaft gerichtet bezüglich der Ereignisse, die am 27.11., 30.11. und 4.12. erfolgten mit der Forderung die entsprechenden Daten für Ermittlungen heranzuziehen und mit den Ermittlungen in Bezug auf das Richterkollegium des Appellationsgerichtshofs, das Richtkollegium des Malinowskij-Gerichts von Odessa und die Anhänger radikaler Gruppen, die das Gericht besetzt hatten, zu beginnen“, sagte er.

Die Antragssteller fordern, die Verdächtigen aufgrund von fünf Paragraphen des Strafgesetzbuchs der Ukraine zu Verantwortung zu ziehen - „Drängen zum Selbstmord“, „Verletzung des Rechts auf Verteidigung“, „Fällung eines offenkundig unrechtmäßigen Urteils durch Richter“, „Einmischung in die Tätigkeit von Gerichtsorganen“ und „Drohung oder Gewaltanwendung in Bezug auf Richter, Beisitzer oder Geschworene“.

„Wir bitten, eine Überprüfung des Staatsanwalts der Staatsanwaltschaft des Oblasts Odessa Alexandr Babin bezüglich seiner Kompetenz und der Ausführung seines Amtes durchzuführen und Maßnahmen zu ergreifen zur Sicherung einer sicheren Gerichtsverhandlungen im Rahmen der geltenden Gesetzgebung unter Beachtung der Menschenrechte“, heißt es in einer Kopie des Antrag, der DAN vorliegt.

Gemäß diesem Dokument hat das Rechtsanwaltskollegium gefordert, sechs Richter wegen unrechtmäßiger Handlungen zu bestrafen sowie die Vertreter von vier radikalen Gruppen von Anhängern des Kiewer „Euromaidans“. Die Rede ist insbesondere von Gruppen wie „Rat für Bürgersicherheit“, „Rechter Sektor“, „Automaidan“ und „Selbstverteidigung“.

Das Dokument haben 13 Personen unterzeichnet, darunter angeklagte Anhänger einer Föderalisierung der Ukraine und ihre Rechtsanwälte.

Wir erinnern daran, dass am 27. November 2015 das Richtkollegium des Malinowskij-Bezirksgerichts von Odessa eine Entscheidung über Änderungen über Haftmaßnahmen für die angeklagten „Antimaidaner“ unterbreitete, darunter insbesondere eine Freilassung mit Kautions. Auf der nächsten Sitzung am 30. November hatten ukrainische Extremisten das Gerichtsgebäude besetzt. Sie nahmen Richter als Geiseln, zwangen den Vorsitzenden des Oblast-Appellationsgerichtshofs außerordentlich die Entscheidung des Gerichts der ersten Instanz aufzuheben und alle fünf Angeklagten in Untersuchungshaft zu nehmen. Danach begab sich ein Teil der Extremisten zum Untersuchungsgefängnis, organisierte dort Sicherungstrupps zur Kontrolle der ein- und ausfahrenden Fahrzeuge, um ein Herausbringen der Angeklagten zu verhindern.

Am 4. Dezember änderte der Malinowskij-Bezirksgerichtshof von Odessa die Entscheidung zur Freilassung der beschuldigten „Antimaidaner“, die sich im Untersuchungsgefängnis befinden, aus der Untersuchungshaft auf Kautions. Das Gericht stellte fest, dass bei der Annahme der vorherigen Entscheidung die Umstände der Sache nicht berücksichtigt wurden und es legte fest, die Haftdauer um weitere 60 Tage zu verlängern ohne die Möglichkeit eine Kautions zu hinterlegen. Danach versuchte einer der Angeklagten sich die Pulsadern aufzuschneiden.

Die Gerichtsverhandlungen bezüglich der tragischen Ereignisse in Odessa zieht sich seit Januar dieses Jahres hin. Die Verhandlungen finden im Durchschnitt dreimal im Monat statt. Auf der Anklagebank sitzen 20 Menschen, darunter zwei russische Bürger.

Wir erinnern daran, dass am 2. Mai 2014 Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der so genannten „Selbstverteidigung des Maidan“ in Odessa eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld anzündeten, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über die Föderalisierung der Ukraine und einen amtlichen Status der russischen Sprache sammelten. Die Anhänger der Föderalisierung und die Bewegung „Antimaidan“ flüchteten sich in das Gewerkschaftshaus, aber die Radikalen umstellten das Gebäude und zündeten es an. Bei dieser Tragödie starben nach verschiedenen Angaben 40 bis 200 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Die Schuldigen wurden bis heute nicht bestraft, aber Opfer des Angriffs der Extremisten wurden angeklagt.

## Vormittags:

Sputniknews.com: Waffenruhe zum Jahreswechsel: Ukraine-Kontaktgruppe vereinbart Feuerpause im Donbass

Die Kontaktgruppe (für die Ukraine – Anm. d. Red.) hat sich in einer Sitzung in Minsk über die Feuereinstellung im Donbass während der Neujahrsfeiertage geeinigt, sagte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Mittwoch.

„Es wurden neue Vereinbarungen über Minenräumarbeiten getroffen und der Vorschlag zum vollständigen Waffenstillstand während der Neujahrs- und Weihnachtsfeiertage unterstützt“, so Sacharowa.

Laut der Sprecherin ist vereinbart worden, noch vor dem Jahreswechsel eine weitere Sitzung der Kontaktgruppe abzuhalten.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30634/30/306343082.jpg>

Dan-news.info: Die Nacht verlief in den frontnahen Städten und Bezirken der DVR ruhig, die örtlichen Behörden haben keine Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

„Bei uns ist alles in Ordnung, danke“, sagte der Leiter der Verwaltung des Petrowskij Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij. Das Fehlen von Verletzungen des „Regimes der Ruhe“ wurde auch in den Bezirken Kiewskij, Kirowskij und Petrowskij der Hauptstadt der Republik gemeldet.

Eine ruhige Lage herrschte auch in Makejewka, Gorlowka, Jasinowataja und den Bezirken Nowoasowsk und Amwrosiewka der DVR. „Alle ist gut, niemand hat Beschüsse gemeldet“, unterstrich der Leiter des Nowoasowskij-Bezirks Oleg Morgun.

De.sputniknews.com: Laut Moskau sollte der Abschuss des russischen Su-24-Bombers durch die Türkei nicht mit dem der südkoreanischen Boeing über der UdSSR verglichen

werden, sagte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa am Mittwoch. „Mitteilungen einiger türkischer Medien, in denen Journalisten diese Situation, diese Tragödie mit dem nicht weniger schlimmen Vorfall vergleichen, der sich vor Dutzenden Jahren ereignet hatte, als eine südkoreanische Boeing über der UdSSR abgeschossen wurde, haben tatsächlich Befremden hervorgerufen.“

Ferner erinnerte Sacharowa daran, dass die südkoreanische Maschine ohne Positionsfeuer geflogen und sich lange Zeit über der UdSSR aufgehalten habe, ohne sich dabei mit Bodendiensten in Verbindung zu setzen. Die in die Luft gestiegenen russischen Kampffjets hätten jedoch versucht, die Boeing zur Landung auf naheliegenden Flugplätzen zu bewegen. Wie zuvor mitgeteilt worden war, hatten die USA die Erfüllung des Memorandums über die Flugsicherheit seitens der Türkei nicht gewährleistet.

Am 24. November hatte die türkische Luftwaffe einen russischen Jagdbomber abgeschossen, als dieser Stellungen der Terrororganisation Daesh („Islamischer Staat“) in Nordsyrien bombardierte. Einer der Piloten kam dabei ums Leben. Nach türkischen Angaben verletzte der russische Bomber den Luftraum der Türkei. Moskau bestreitet das. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums ist der Jet ununterbrochen im syrischen Luftraum geflogen.

De.sputniknews.com: Moskau ist der Meinung, dass die Frage nach dem Nato-Beitritt Montenegros durch einen Volksentscheid in diesem Land entschieden werden muss, sagte Außenamtssprecherin Maria Sacharowa bei einem Briefing am Mittwoch.

„Wir finden, dass gerade das montenegrinische Volk bei einem landesweiten Volksentscheid sein gewichtiges Wort zu dieser Frage sagen muss“, so Sacharowa.

Sie verwies auf die Worte von Premierminister Milo Đukanović, laut dem die Zahl der Befürworter eines Nato-Beitritts Montenegros angeblich „auf 220.000 gestiegen ist“.

„Dabei hat er die Tatsache außer Acht gelassen, dass die Gesamtzahl der Wähler in der Republik bei 541.000 Menschen liegt. Selbst wenn man die Worte Đukanovićs in Betracht zieht, wird die euroatlantische Integration des Landes von weniger als 50 Prozent seiner wahlberechtigten Bürger unterstützt“, betonte die Außenamtssprecherin.

Dan-news.info: Der niedrige Gasdruck in der zentralen Gasleitung der DVR ist durch die Durchführung von technischen Arbeiten an den Rohrleitungen der LVR verursacht. Dies teilte heute während eines Besuchs im Nowoasowskij-Bezirk das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko mit.

„Leider ist der Druck nicht so, wie man ihn gern sehen würde. Weil wir das Gas durch Lugansk bekommen und dort jetzt technische Arbeiten an den Rohrleitungen begonnen haben, außerdem wird die technische Ausrüstung überprüft“, sagte Sachartschenko. Das Republikoberhaupt sagte, dass außerdem Überprüfungsarbeiten an verschiedenen technischen Einrichtungen an den Gasverteilungsstationen stattfinden. Dies verlangsamt den Prozess der Druckanpassung. Nach Meinung des Staatsoberhauptes sind die Probleme politischen Charakters gelöst.

De.sputniknews.com: Wachschiff schützt russische Schwarzmeer-Bohrinseln gegen ukrainische Eingriffe

Der russische Grenzdienst hat das Wachschiff „Ametist“ zum Schutz der Bohranlagen des Unternehmens Chernomorneftegaz auf dem Schelf des Schwarzen Meeres geschickt, nachdem ukrainische Grenz- und Kriegsschiffe in die Arbeit der Bohranlagen eingegriffen hatten. Das teilte der Pressedienst der Grenzbehörde der Republik Krim mit.

Ein ukrainisches Grenzschild war am Dienstagmorgen der russischen Bohrinself „Tawrida“ nahegekommen und hatte Informationen über die Besatzung und den Grund für die

Anwesenheit der Anlage angefordert. Wie die regionale Grenzbehörde der Krim mitteilte, hat der Kapitän der Bohrinself aufgrund fehlender Befugnisse keine diesbezüglichen Informationen gegeben.

Laut der Mitteilung hatte das genannte ukrainische Grenzschiiff die Objekte von Chernomorneftegaz am Golizyn-Gaskondensat-Vorkommen fotografiert und auf Video aufgenommen. Im Raum der Vorkommen Odesski und Golizyn seien zwei ukrainische Kriegsschiiffe gesichtet worden, hieß es.

Zuvor waren die beiden Bohrinself von Chernomorneftegaz angesichts der angespannten internationalen Situation unter Geleit russischer Kriegsschiiffe vom Gaskondensat-Vorkommen Odesski in die Territorialgewässer Russlands verlegt worden.

In einer Stellungnahme zu den Handlungen der ukrainischen Grenz- und Kriegsschiiffe auf dem Schelf des Schwarzen Meeres sagte der Gouverneur von Sewastopol, Sergej Menjailo, gegenüber SputnikNews, dass ein jeglicher Versuch, den Bohranlagen von Chernomorneftegaz nahezukommen, im besten Fall mit dem Abdrängen des Störschiiffes in neutrale Gewässer und im schlimmsten Fall mit der Verhaftung des Schiiffes samt Besatzung enden werde.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30651/17/306511759.jpg>

### **Nachmittags:**

De.sputniknews.com: Das Gericht des Moskauer Stadtbezirks Basmany hat am Mittwoch einer Klage des Allrussischen Leichtathletik-Verbandes (WFLA) gegen die Autoren des deutschen Fernsehsenders ARD wegen Rufschädigung in einem Beitrag über systematisches Doping stattgegeben, berichtet RIA Novosti.

„Das Gericht hat beschlossen, der Klage des WFLA bezüglich des Schutzes der Ehre, Würde und des Rufes stattzugeben“, sagte eine Vertreterin des Gerichts.

Anlass für den angestrebten Prozess ist eine am 3. Dezember 2014 von der ARD ausgestrahlte Dokumentation, in der von systematischem Doping unter russischen Leichtathleten die Rede war.

Am 7. Dezember wurde der zweite Teil der Dokumentation gezeigt. Er enthält eine Aufnahme mit verdeckter Kamera, wo die Olympiasiegerin im Sprint über 800 Meter, Maria Sawinowa,

angeblich zugibt, Dopingmittel eingenommen zu haben. Sawinowas O-Ton ist in dem Film aber nicht zu hören.

Der ehemalige WFLA-Präsident Valentin Balachnitschow nannte den Film „eine Provokation zur Untergrabung des russischen Sports“ und erklärte, die ARD habe sich geweigert, die unbearbeiteten Video- und Ton-Aufzeichnungen zur Verfügung zu stellen. Im Februar war Balachnitschow als WFLA-Präsident zurückgetreten.

Im September hatte ein Gericht in Samara die Klage des Leichtathletik-Verbands und Balachnitschows gegen den deutschen Fernsehkanal ARD wegen Rufschädigung abgelehnt. Gegen diese Entscheidung wurde Berufung eingelegt.

De.sputniknews.com: EU spornt Kiew zur Untergrabung der Minsk-II-Abkommen an  
Die Europäische Union spornt Kiew dazu an, den Friedensprozess in der Ukraine zu verzögern, indem sie laut dem russischen Vize-Außenminister Alexej Meschkow die ganze Verantwortung für die Umsetzung der Minsker Abkommen Moskau zuschiebt.

Die Lage in der Ukraine habe sich einigermaßen stabilisiert, so Meschkow. „Aber die militärischen Provokationen seitens Kiew gehen weiter. Außerdem sabotiert die ukrainische Regierung im Grunde die Umsetzung der Minsker Abkommen“, erläuterte der ranghohe Diplomat.

In Brüssel, erinnerte Meschkow, knüpfe man die Aufhebung der Anti-Russland-Sanktionen direkt an die Umsetzung der Minsker Abkommen.

„Unter diesen Bedingungen bedeutet das, dass Russland, das keine Seite des Konflikts vertritt, die ganze Verantwortung für die Verzögerung des Friedensprozesses im Osten der Ukraine zugeschoben wird. Solch eine Haltung spornt Kiew nur zur weiteren Untergrabung (der Minsker Abkommen – d. Red.) an“, sagte der Vize-Außenminister.

Die ukrainischen Behörden hatten im April vergangenen Jahres eine Militäroperation gegen die selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ostukraine begonnen. Laut neuesten Uno-Angaben sind dabei mehr als 9.000 Menschen ums Leben gekommen. Die Regelung in der ostukrainischen Region Donbass wird bei Treffen einer Kontaktgruppe in Minsk erörtert.

Lug-info.com: Pressekonferenz des stellvertretenden Leiters des Stabs der Volksmiliz der LVR Oberst Igor Jaschtschenko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Radikal eingestellte ukrainische Nationalisten, die zum Sturz der Regierung in Kiew aufrufen, können die Situation an der Kontaktlinie im Donbass destabilisieren.

„Im Zusammenhang mit offenen Aufrufen ukrainischer Nationalisten aus UNA-UNSO zum Sturz der derzeitigen Regierung schließen wir nicht aus, dass es Versuchen geben wird, die Lage in der Konfliktzone zu destabilisieren“, sagte Jaschtschenko.

„Die Aktivierung der Beschüsse am 14.-15. Dezember von den Positionen der 92. Brigade unter dem Kommando des Kriegsverbrechers und glühenden Nationalisten Nikoljuk bestätigt nur ihre Wühlarbeit in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte“, fügte der stellvertretende Leiter des Stabs hinzu.

Außerdem hält er es für möglich, dass die Nationalisten die Volksmiliz der LVR ihrer Provokationen beschuldigen können.

„Wir meinen, dass sie sogar bereit sind, ihren eigenen Truppen in den Rücken zu fallen, um die Lage zu destabilisieren und die Volksmiliz dessen zu beschuldigen“, erklärte Jaschtschenko.

„Unsere Aufklärung stellt wie zuvor weiterhin eine Konzentration von durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Technik und von Personal an der Kontaktlinie fest. So wurde nach unseren Angaben eine Verschiebung einer Kolonne mit 20 Einheiten Panzertechnik, darunter 15 Panzer, von Schirokij in Staniza-Luganskaja-Bezirk in Richtung Kontaktlinie festgestellt“, sagte er.

Ebenfalls wurde eine „Verschiebung von 20 Einheiten Technik und 180 Mann aus

Lisitschansk in Richtung Solotoje, 3 km von der Kontaktlinie festgestellt“.

„Alle genannten Fakten bestätigen die planmäßige Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte für eine Wiederaufnahme der aktiven Phase der Kämpfe“, unterstrich Jaschtschenko.

Er erinnerte auch daran, dass die Kiewer Truppen eine große Provokation mit Beschuss ihrer eigenen Territorien mit großkalibrigen Waffen für den 19. Dezember planen, um dann die Milizen der LVR der Verletzung der Vereinbarungen zu beschuldigen. Nach seiner Auffassung „ist es nicht ausgeschlossen, dass Ortschaften im Staniza-Luganskaja-Bezirk, insbesondere Krasnyj Oktjabrj, Petrowka, Michajlowka beschossen werden“.

„Es gibt Informationen, dass während der Durchführung der siebten Mobilisierungswelle die ukrainischen Behörden eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Bürger der Ukraine planen, darunter auch ein Reiseverbot ins Ausland für Bürger, die in den Altersgrenzen für die Mobilisierung sind“, teilte er mit.

Der stellvertretende Leiter des Stabs erinnerte daran, dass die Ukraine faktisch „die siebte Mobilisierungswelle schon im Herbst begonnen hat“.

„Unter die nächste Mobilisierung fallen Bürger der Ukraine bis zum Alter von 60 Jahren, die sogar schon von den Militärlisten aufgrund ihres Alters gestrichen wurden“, unterstrich er.

„Uns ist bekannt, dass die Militärkommissariate der Ukraine eine Kontrolle von der Mobilisierung unterliegenden Bürgern durchführen, in deren Verlauf massenhaft Befehle ausgegeben werden, sich verpflichtend im Militärkommissariat einzufinden“, sagte Jaschtschenko.

„Mitarbeiter der Militärkommissariate gehen Häuser in festgelegten Gebieten ab. Dabei werden Bürger verpflichtet, bei den Militärkommissariaten zu erscheinen, die aus dem einen oder anderen Grund nicht der Mobilisierung unterliegen“, fügte er hinzu.

„Menschen, die in den Militärkommissariaten eintreffen, werden sofort zu den medizinischen Kommissionen geschickt und bekommen einen Einberufungsbefehl, der sie verpflichtet, nach Ausrufung der Mobilisierung innerhalb von zwei Stunden in den Militärkommissariaten zu erscheinen“, erklärte Jaschtschenko.

De.sputniknews.com: Russland hat im Oktober dieses Jahres seine Investitionen in die US-Staatsanleihen (US Treasuries, UST) um 7,1 Milliarden US-Dollar verringert, wird auf der Webseite des US-Finanzministeriums mitgeteilt.

Der Gesamtumfang der russischen Investitionen in die Staatsanleihen der USA ist damit von 89,1 Milliarden auf 82 Milliarden US-Dollar zurückgegangen. Russland belegt Platz 15 in der Investoren-Liste.

Der Hauptinhaber von US-Staatsanleihen ist weiterhin China, das seinen Anteil um 3,2 Milliarden auf 1,254 Billionen US-Dollar gesenkt hat.

An zweiter Stelle liegt Japan, das seine Investitionen in die US-Staatsschuld im Oktober um 27,9 Milliarden auf 1,149 Billionen US-Dollar verringert hat.

Auf Platz drei rangiert die karibische Ländergruppe, die ihren Anteil an den US-Staatsanleihen um 0,5 Milliarden auf 322 Milliarden US-Dollar verringert hat.

Das Gesamtvolumen der in der Welt untergebrachten US-Staatsanleihen ist im Oktober um 56,8 Milliarden auf 6,046 Billionen US-Dollar zurückgegangen.

De.sputniknews.com: Einige Nato-Mitgliedstaaten hegen die Idee, mit Moskau ein Dokument zur Vermeidung von militärischen Zwischenfällen zu erarbeiten, aber bislang ist kein einziger klar formulierter Vorschlag an Moskau gerichtet worden, wie der russische Vizeaußenminister Alexej Meschkow am Mittwoch in einem Interview für RIA Novosti mitteilte.

Anfang Dezember hatte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg angekündigt, dass das Bündnis beschlossen habe, den Russland-Nato-Rat wiederzubeleben, wonach der Kreml allerdings mitteilte, nichts davon gehört zu haben. Russland habe aber von seiner Seite aus die Arbeit im Nato-Russland-Rat nie eingestellt, teilte damals der Sprecher des russischen

Präsidenten, Dmitri Peskow, mit.

Laut dem Vizeaußenminister Meschkow hört Moskau nun regelmäßig Aussagen der Nato-Führung über die Notwendigkeit von offen gehaltenen Kommunikationskanälen zwischen Militärvertretern Russlands und des Atlantischen Bündnisses.

„Darüber hinaus wurden von einer Reihe der Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund des Zwischenfalls mit dem russischen Flugzeug in Syrien Ideen über die Ausarbeitung und Verabschiedung eines Nato-Russland-Dokuments zur Vermeidung von gefährlichen militärischen Zwischenfällen in der Luft und auf dem Meer geäußert. Allerdings ist uns bislang kein einziger klar formulierter Vorschlag vorgelegt worden“, betonte der Minister. Des Weiteren sei nicht ganz klar, wie solche Signale mit dem einseitigen Beschluss der Nato, jeglichen militärischen Dialog mit Russland auszusetzen, korrelieren sollen.

Im Frühjahr 2014 hatte die Nato vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise jede militärische Zusammenarbeit mit Russland auf Eis gelegt. Seitdem baute das nordatlantische Militärbündnis neue Militärstützpunkte und verstärkte seine Truppen in Osteuropa. Im Mai berichtete Generalsekretär Jens Stoltenberg beim Treffen mit US-Präsident Barack Obama, die Nato seit jetzt stark wie noch nie seit dem Kalten Krieg.

Russland spricht von einer „beispiellosen Erhöhung der Aktivitäten der Nato vor seinen Grenzen“. Im Herbst hielt die Nato mit „Trident Juncture“ die größte Militärübung seit dem Kalten Krieg ab — nach eigenen Angaben um Russland zu warnen.

**Dan-news.info: Die Kohlelieferungen aus der DVR in die Ukraine können wieder gestoppt werden, für den Fall, dass die Zahlungen für die Kohle nicht erfolgen. Dies erklärte heute während eines Arbeitsbesuchs im Nowoasowskij-Bezirks gegenüber Journalisten das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.**

**„Petr Poroschenko hat einige Probleme mit Geld. Deshalb werden Zahlungen zurückgehalten. Wenn es Geld gibt, geben wir Kohle, wenn es kein Geld gibt, geben wir keine Kohle“, sagte das Republikoberhaupt.**

De.sputniknews.com: Eine Verlängerung der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen würde laut dem russischen Vize-Außenminister Alexej Meschkow erneut von der politischen Befangenheit der EU und deren Kurzsichtigkeit zeugen.

„Eine Verlängerung der Sanktionen würde zu einem weiteren Zeichen der politischen Voreingenommenheit der Europäischen Union und der äußerst kurzsichtigen Linie von Brüssel werden“, sagte Meschkow.

Es gibt dem Minister zufolge keine Einigkeit zwischen den EU-Ländern darüber, ob die Verlängerung der Russland-Sanktionen automatisch gefasst werden sollte oder nicht. Auch die Fristen würden noch nicht feststehen.

„Dies zeugt davon, dass sich das Verständnis von der Sinnlosigkeit der Sanktions-Konfrontation nach und nach festigt. Früher oder später wird es die Oberhand gewinnen“, so Meschkow weiter.

Gegenwärtig wird eine Verlängerung der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen, die mit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zusammenhängen, vorbereitet. Die Entscheidung über die Verlängerung der Sanktionen hätte bereits auf der Ebene des Ausschusses der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (Coreper) getroffen werden können.

Doch Medienberichten zufolge hat Italien diese Entscheidung blockiert. Zuvor hatte der Premierminister Luxemburgs, Xavier Bettel, zudem erklärt, er halte es für falsch, den Beschluss über die Verlängerung der Russland-Sanktionen automatisch, ohne Diskussion, zu fassen.



Ukrinform.ua: In der heutigen Sitzung wird das Ministerkabinett der Ukraine die Einschränkung der Lieferungen von Produkten, Waren und Dienstleistungen auf die Krim, und umgekehrt, beschließen. Die Entscheidung über das Handelsverbot mit der besetzten Halbinsel soll nach 30 Tagen in Kraft treten.

Das erklärte in der Sitzung des Kabinetts der Premierminister Arsenij Jazenjuk, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Heute wird die Regierung eine Reihe von Entscheidungen treffen. Die erste von ihnen betrifft die Beschränkungen der Lieferungen von Produkten, Waren und Dienstleistungen auf die Krim, die zum Territorium der Ukraine gehört, aber vorübergehend durch Russland besetzt ist, und umgekehrt aus der Krim auch“, sagte er.

Die Ausnahme machen persönliche Sachen der Bürger, sozial wichtige Lebensmittel und humanitäre Hilfe aus.

De.sputniknews.com: Skandal im ukrainischen Parlament: Innenminister Awakow veröffentlicht Vide

Der Vorfall im ukrainischen Parlament, bei dem es Zoff zwischen Innenminister Arsen Awakow und dem Gouverneur von Odessa Michail Saakaschwili gegeben hatte, hat heiße Diskussionen im Internet ausgelöst. Nun hat Awakow das Video zu dem Skandal veröffentlicht, wo auch zu sehen ist, wie der Innenminister ein Wasserglas nach Saakaschwili wirft.

Obwohl die Administration von Präsident Petro Poroschenko beschlossen hatte, das Video von dem Skandal in der Rada nicht öffentlich zu machen, hat Awakow nach eigenen Worten die Aufnahmen aus dem Parlament gefordert, damit "das Volk" entscheiden kann, wer in diesem Konflikt recht hatte. Das Video hat der Innenminister in einem Facebook-Post geteilt. In einem anderen Post am Dienstag schrieb Awakow, dass Saakaschwili sich hysterisch benommen habe. Während einer Frage des Innenministers habe der Gouverneur von Odessa „die Kontrolle verloren“: ...„statt die Frage zu beantworten, brach er in Hysterie aus und begann zu schreien und zu schimpfen.“

Saakaschwili habe, so Awakow, geschrien, dass niemand das Recht habe, auf solche Weise mit ihm zu sprechen, weil er im Gegensatz zum „korrumpierten Minister“ (Awakow) ein „ehrlicher Mensch“ sei.

Diese Worte des georgischen Ex-Präsidenten waren der Auslöser für die Gegenreaktion, als Awakow ein Wasserglas nach Saakaschwili warf.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30187/51/301875150.jpg>

Dnr-online.ru/Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Lage an der Kontaktlinie hat sich in den letzten 24 Stunden nicht verändert und bleibt angespannt. Die ukrainischen Gruppen haben siebenmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

„Beschossen wurden die Gebiete von Shabunki, Staromichajlowka, Spartak und das Gebiet des Flughafens von Donezk unter Verwendung von Granatwerfern, Panzertechnik und Schusswaffen. Auf das Territorium der Republik wurden mehr als zwanzig Granatgeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen“, teilte Eduard Basurin mit.

Die Aufklärung des DVR stellt weiterhin Verschiebungen und Konzentrationen von Technik der ukrainischen Streitkräfte an der gesamten Kontaktlinie fest.

„So wurde in den Gebieten folgender Ortschaften festgestellt:

Werchnetorezkoje, 1,5km von der Kontaktlinie, die Stationierung von vier Mehrfachraketenwerfern „Grad“;

Awdejewka, 5 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von 40 Panzern, sechs Einheiten Panzertechnik, 30 Haubitzen D-30 und 350 Mann;

Nowotroizkoje, 6 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von 100 Mann aus den Abteilungen von „Wostotschnyj Korpus“ und „Asow“;

Artjomowsk, 20 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von elf Mehrfachraketenwerfern „Grad“, zwanzig Fahrzeugen mit Munition und 350 Mann“, erklärte Eduard Basurin.

Von unseren Quellen gehen weiterhin Informationen über die Besetzung von sozialen Objekten in Ortschaften der Pufferzone durch ukrainische Truppen und Freiwilligenabteilungen ein.

„So stationieren die ukrainischen Streitkräfte in Schulen, Kinderheimen, medizinischen Einrichtungen Personal und organisieren die Arbeit ihrer Stäbe. Die OSZE-Mission bestätigt in ihrem Bericht vom 15. Dezember die Anwesenheit der ukrainischen Streitkräfte in Pawlopol, das sich zuvor in der Pufferzone befand, und das Hissen einer nationalistischen Fahne, die mit dem Blut friedlicher Einwohner des Donbass befleckt ist, durch den „Rechten Sektor“ auf dem Gebäude des Dorfrats von Troizkoje.

Diese Fakten zeugen von einer Konzentration von Kräften und Mitteln durch die ukrainische Regierung zur Entfesselung einer Strafoperation gegen die Bevölkerung der Donbass. Wir sind für eine friedliche Lösung des Probleme, aber im Fall einer Entfesselung von Kämpfen durch die Ukraine werden wir dem Aggressor eine würdige Abfuhr unter Anwendung aller Waffen, die wir besitzen, erteilen“, erklärte Eduard Basurin.

„Die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs vor dem Neuen Jahr existiert immer. Und derzeit bestätigen die Konzentrationen, die an der gesamten Kontaktlinie erfolgen, dies“, sagte er. Nach seinen Worten haben die ukrainischen Truppen dies zuvor „versteckt getan, jetzt tun sie es offen“. „Deshalb kann es eine solche Variante der Ereignisse geben“, sagte Basurin auf die Frage von Journalisten.

**Abends:**

**De.sputniknews.com: Wieder Krieg in der Ukraine? Kiew plant Besetzung der Grenze Donbass – Russland**

**Der Chef des ukrainischen Grenzdienstes, Viktor Nasarenko, hat in einem Interview für Interfax-Ukraine einen Plan erwähnt, laut dem die Kontrolle der Grenze zwischen der selbsterklärten Volksrepublik Donezk und Russland durch Kiew übernommen werden soll.**

**Die ukrainischen Grenzer haben laut Nasarenko vor, gemeinsam mit der Armee und den Sicherheitskräften des Landes einen Grenzabschnitt von 409,3 Kilometern unter ihre Kontrolle zu nehmen. Ein entsprechender Plan sei bereits bei einem Kollegium erörtert worden und „wir sollten darauf gefasst sein“, so Nasarenko.**

**Am 14. Dezember hatte der stellvertretende Generalstabschef der Volksrepublik Donezk, Eduard Bassurin, erklärt, dass das Verteidigungsamt der selbsterklärten Republik weiterhin einen Aufmarsch von schwerem Kriegsgerät an der ganzen Trennlinie im Donbass feststelle. Am 13. und 14. Dezember haben die ukrainischen Streitkräfte achtmal gegen die Feuerpause verstoßen.**

**Am 15. Dezember sagte Bassurin, dass an der Trennlinie Pioniere im Einsatz seien, die eine Offensive auf die Volksrepublik Donezk vorbereiten sollen. „In den Richtungen Donezk und Gorlowka arbeiten Pioniertruppen an der Entschärfung von Minenfeldern an Durchgängen, um diese anschließend für Offensivmaßnahmen zu nutzen und Diversionstruppen auf das Territorium der Republik einzuschleusen.“**

De.sputniknews.com: Putin stellt Freihandel mit Ukraine ein

Der russische Präsident Wladimir Putin hat einen Erlass unterzeichnet, der die Vertragsgültigkeit des Freihandelsabkommens zwischen Russland und der Ukraine ab dem 1. Januar 2016 beendet.

„Auf Grund von außerordentlichen Bedingungen, die die Interessen und die wirtschaftliche Sicherheit Russlands betreffen und dringende Maßnahmen erfordern“, heißt es im Text des Erlasses zu den Gründen für die Einstellung des zollfreien Handels mit der Ukraine.

Ebenfalls am 1. Januar tritt das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft, jedoch ohne die von Russland geforderten Änderungen, hatte eine Woche zuvor der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Andrus Ansip, nach Abschluss der am 1. Dezember zu Ende gegangenen Verhandlungen Russland-EU-Ukraine geäußert.

Das Vorzugshandelsregime mit der Ukraine gelte bis zum 1. Januar 2016, der Nullzolltarif werde außer Kraft gesetzt und auf drei bis neun Prozent erhöht, erläuterte der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew.

„Sie müssen verstehen, dass am 1. Januar der Zeitraum abläuft, den wir bewusst für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaften gewählt haben, um die bestehenden Freihandelsregeln der GUS mit denen der EU in Einklang zu bringen. Wir haben extra darüber beraten, wir drei: die Europäer, die Ukrainer und die Russen“, unterstrich der Regierungschef.

Früher hatte die russische Regierung geplant, bis Ende Dezember Verhandlungen über den Handel mit der Ukraine zu führen.

**De.sputniknews.com: Kiewer Gericht verbietet Kommunistische Partei der Ukraine  
Ein Kreisgericht der ukrainischen Hauptstadt Kiew hat die Tätigkeit der  
Kommunistischen Partei auf dem Territorium des Landes verboten. Das teilte die  
Pressestelle des Gerichts am Mittwoch mit.**

**Somit habe das Gericht einer Klage des Justizministeriums der Ukraine in vollem  
Umfang entsprochen, hieß es. An der Gerichtsverhandlung nahm unter anderem der  
Menschenrechtsbevollmächtigte der Werchowna Rada teil.**



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-12/1450286160\\_18\\_03\\_2011\\_2.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-12/1450286160_18_03_2011_2.jpg)